



Deutschland:

Die Muslimbruderschaft und andere Gruppen des politischen Islam Thema im Bundestag

„Die Ausbreitung des legalistischen Islamismus in Deutschland und seine Finanzierung aus dem Ausland“ lautet der Titel einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. Wie die Fraktion darin ausführt - MENA Research Center berichtete bereits über den Fall -, hat die Stiftung „Europe Trust“, ein Finanzvehikel, das der Muslimbruderschaft aus Großbritannien zugerechnet wird, im Berliner Stadtteil



Wedding den Aufbau eines Hotspots der islamistischen Szene in Deutschland ermöglicht hat. Dazu solle

sie schon vor Jahren ein 5.665 Quadratmeter großes Grundstück mit einem fünfgeschossigen Verwaltungstrakt erworben haben.

„In dem Gebäude sollen mittlerweile mehrere Vereine und Gruppierungen eingezogen sein, die laut Verfassungsschutzbehörden dem Spektrum des legalistischen Islamismus angehören und beobachtet werden“, schreiben die Abgeordneten weiter. Wissen wollen sie, welche Erkenntnisse der Bundesregierung zum „Europe Trust“ vorliegen. Auch fragen sie unter anderem, welche Immobilien zu welchen Kaufpreisen der „Europe Trust“ in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung bislang erworben hat.

Ebenso thematisiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weshalb es dem

Bundesamt für Verfassungsschutz untersagt ist, im Bereich des politischen Islam Finanzermittlungen durchzuführen.

Türkischer Moschee-Verband in Deutschland erfolgreich vor Gericht

Der türkische Moscheeverband DITIB hat sich im Rechtsstreit um die Kooperation beim Islamunterricht rechtskräftig durchgesetzt. Wie der Hessische Verwaltungsgerichtshof mitteilte, hat er einen Berufungsantrag des Landes gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden abgelehnt. Damit bestätigte der Gerichtshof, dass das Kultusministerium die Zusammenarbeit mit der DITIB beim bekenntnisorientierten Religionsunterricht nicht hätte aussetzen dürfen.

Der islamische Religionsunterricht war in Hessen zum Schuljahr 2013/14 zunächst an Grundschulen eingerichtet und in den folgenden

Jahren ausgebaut worden. Die DITIB fungierte dabei als wichtigster Partner.

Wegen der Nähe des Moscheeverbands zum türkischen Staat beendete das Land jedoch 2020 die Zusammenarbeit und führte den Unterricht ohne Partner weiter. Dagegen ging DITIB juristisch vor. Der Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs ist nicht anfechtbar.

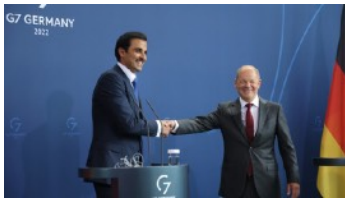


Nach dem Ende der Zusammenarbeit mit DITIB hatte das Land den islamischen Religionsunterricht selbst in die Hand genommen. Dazu führte es das Fach Islamunterricht ein, das - anders als der konfessionsgebundene

Religionsunterricht - ohne explizites Bekenntnis zum Glauben ist. Der Islamunterricht unter alleiniger staatlicher Verantwortung richtet sich nach Angaben des Kultusministeriums mittlerweile an Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen eins bis neun. Es gibt aber weiterhin auch einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen, der von der Religionsgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland erteilt wird.

Besuch des Emirs aus Katar in Berlin

Katar will möglichst bald Gas nach Deutschland liefern. Allerdings wurden bei einem Besuch des Emirs von Katar, Scheich Tamim Al Thani, in Berlin unterschiedliche



Zeitangaben gemacht. Bei einem gemeinsamen Auftritt mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verwies der

Emir auf einen Ausbau der Gasproduktion, die zu Lieferungen in den Jahren 2026/27 führen könnten.

Zuvor hatte er gegenüber der Presse gesagt: „Die Erweiterung der Förderung in unserem Gasfeld North Dome wird erst 2026 abgeschlossen sein, vielleicht sogar schon 2025.“ Allerdings stellte er auch eine frühere Lieferung nach Deutschland in Aussicht. „Wir wollen unsere US-Flüssiggasanlage Golden Pass in Texas, an der Qatar Energy 70 Prozent hält, bereits 2024 so weit haben, dass wir nach Deutschland liefern können.“

Katar soll für Deutschland nach Angaben von Scholz eine zentrale Rolle für die Versorgung mit Flüssiggas (LNG) spielen. Man wolle die Beziehungen auch im Bereich der Hochtechnologie ausbauen, sagte

Scholz nach dem Treffen mit dem Emir. Dieser traf auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Scholz verwies auf den Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland. Der Bundeskanzler bezeichnete die Beziehungen zu dem Golfstaat als „sehr gut“, sie entwickelten sich weiter. Wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine versucht Deutschland, seine Abhängigkeit von russischem Gas unter anderem dadurch zu verringern, dass es katarisches Gas kauft.

Der Emir sagte, er freue sich auf die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft Ende des Jahres in Katar. In seinem Land gebe es eine große Begeisterung für Sport. Von deutscher Seite seien bereits 600000 Karten bestellt worden. In der Pressekonferenz mit Scholz wurde er darauf angesprochen, ob auch homosexuelle Gäste in Katar willkommen seien. Al Thani sagte, jedermann sei willkommen, niemand werde gehindert, die Fußballspiele anzusehen. Man wolle jedoch, dass die Kultur Katars respektiert werde.

Türkei

Bekannte Politikerin verurteilt

Ein Gerichtsurteil droht die wichtigste türkische Oppositionspartei zu schwächen. Das Oberste Berufungsgericht bestätigte jetzt eine Reihe früherer Urteile gegen Canan Kaftancıoğlu, die Chefin der Istanbuler Sektion der CHP. Die sozialdemokratisch ausgerichtete CHP ist die bedeutendste Oppositionsgruppierung der Türkei, Kaftancıoğlu selbst einer der Shooting-Stars der Partei. Nun wird sie mit einem Politikverbot belegt, außerdem drohen ihr wegen "Beleidigung des Staatsoberhauptes" und wegen "Beleidigung der Republik" fast fünf Jahre Haft.

Kaftancıoğlu hatte 2019 den Wahlkampf organisiert, in dem die CHP Istanbul erobert und die AKP, die Partei von Staatschef Recep Tayyip Erdoğan, verdrängt hatte.

Damals kam der CHP-Politiker Ekrem İmamoğlu ins Amt des Oberbürgermeisters. Spekuliert wird in den türkischen Medien,



dass nun auch İmamoğlu selbst unter einem juristischen Vorwand von den Gerichten angegangen und aus der Politik ausgeschaltet werden könnte. Der

Posten des Istanbulers Bürgermeisters gilt als Sprungbrett ins Präsidentenamt, und İmamoğlu ist populär, er gilt als möglicher Kandidat gegen Erdoğan bei den für das kommende Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen. Auch gegen İmamoğlu laufen Beleidigungsverfahren gegen Staatsvertreter.

Zweifel an der politischen Unabhängigkeit der Justiz stellen inzwischen eine Notwendigkeit jeder seriösen Bewertung der aktuellen türkischen Politik dar. Das Urteil des Kassationsgerichtes kommt zudem zu einem Zeitpunkt, in der die Wiederwahl von Erdoğan und seiner AKP bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 infrage steht. Die miserable Wirtschaftslage mit einer Inflation von mehr als 70 Prozent und einem Verfall der Landeswährung Lira kosten den Staatschef zunehmend den Rückhalt.

In jüngsten Umfragen schrumpft der Abstand zwischen seiner AKP mit 30,5 Prozent zur CHP mit 29,5 Prozent weiter. Das Oppositionsbündnis der CHP mit mehreren anderen Parteien überflügelt die Allianz aus AKP und der rechtsnationalistischen MHP bereits in einigen Umfragen. Allerdings wirkt das Oppositionsbündnis nicht geschlossen. Es hat sich bisher nicht auf einen

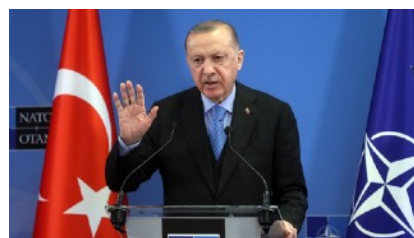
gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen können und schafft es auch nicht, die sowohl bei der kurdischen Wählerschaft als auch bei linksliberalen Städtern populäre Kurden-Partei HDP in ihr Bündnis zu integrieren.

Kaftancıoğlu twitterte nach Bekanntgabe des Urteils: "Wir werden weiterarbeiten, bis wir die Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen, nicht nur für mich, sondern für 84 Millionen Bürger." Kritik kam aus allen Oppositionsparteien. Oppositionsführer und CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu rief alle Abgeordneten seiner Partei dazu auf, sich aus Protest zur Istanbuler Parteizentrale zu begeben. Erdoğan sei "ein Heuchler, ein Opportunist, ein Tyrann und ein Manipulator". Der Präsident solle nicht vergessen, dass das Volk hinter Kaftancıoğlu stehe.

Erdoğan bleibt bei seinem „Nein“ zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan manövriert sich mit jeder neuen Äußerung zu den NATO-Beitrittsgesuchen Schwedens

und Finnlands weiter in eine Ecke. Bei seinem Rückflug aus Baku nach



Ankara sagte er am Sonntag, solange er Präsident der Republik Türkei sei, werde Ankara dem NATO-Beitritt von Ländern, die den Terrorismus unterstützten, nicht zustimmen. Schließlich sei die NATO eine Sicherheitsorganisation. Abfällig kommentierte er die ergebnislos verlaufenden Gespräche, die in den Tagen davor Delegationen aus Schweden und Finnland in Ankara geführt hatten.

Ferner behauptete Erdogan im Flugzeug, dass die Vereinigten Staaten nicht nur die YPG mit Waffen belieferten, sondern auch die PKK militärisch ausbildeten – eine Behauptung, die sich durch keinerlei Fakten belegen lässt.

Testen will Ankara die Haltung der Beitrittskandidaten und der NATO mit einer neuen, in der vergangenen Woche angekündigten Militäroperation in Nordsyrien. Der unter Erdogan tagende Nationale Sicherheitsrat hatte am vergangenen Donnerstag den geplanten vierten Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien seit 2016 gebilligt. „Wir werden dem Terrorismus und den Terroristen ein Ende setzen“, sagte Erdogan beim Heimflug aus Baku. Zuvor hatte er geäußert, das Ziel sei, entlang der Grenze auf syrischem Territorium eine 30 Kilometer tiefe „Sicherheitszone“ zu schaffen, um dort eine Million syrische Flüchtlinge anzusiedeln.